



Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Europäisches Jahr der Entwicklung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission, 2015 zum „Europäischen Jahr der Entwicklung“ zu erklären. Entwicklungsarbeit ist Friedensarbeit. Sie trägt dazu bei, Armut zu beseitigen und allen Menschen weltweit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Dazu leistet das Land Schleswig-Holstein seinen Beitrag in Deutschland, Europa und der Welt.

Der Landtag wird zusammen mit der Landesregierung in den Dialog mit den Vereinen und Verbänden darüber treten und sich gemeinsam mit ihnen an der Umsetzung des Europäischen Jahres beteiligen. Dabei soll das Motto des Europäischen Jahres „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“ aufgegriffen werden und im Rahmen von Informationskampagnen und Veranstaltungen darüber informiert werden, dass Entwicklungszusammenarbeit über reine Hilfeleistungen hinausgeht und wie eine weltoffene Europäische Union zur Herbeiführung globaler Nachhaltigkeit beitragen kann und so ein Gefühl für gemeinsame Verantwortung, Solidarität und Chancen bei den Bürgerinnen und Bürgern gefördert werden.

Er bittet die Landesregierung insbesondere

- sich für faire Handelsbeziehungen und ein an Nachhaltigkeitskriterien orientiertes öffentliches Beschaffungswesen einzusetzen,
- Kommunen, Schulen, Verbände und Wirtschaftsunternehmen in ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern und Regionen weltweit zu unterstützen sowie
- die Bildungsarbeit des Bündnisses „Eine Welt“ und anderer Organisationen, die im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit weltweit für die Bekämpfung von Armut eintreten, weiter zu fördern.

Begründung:

Über eine Milliarde Menschen leben in extremer Armut und bei noch mehr Menschen weltweit sind die Grundbedürfnisse der menschlichen Entwicklung wie der Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen und Gesundheitssystemen immer noch nicht erfüllt. Hinzu kommt, dass auch die natürliche Umwelt zunehmendem Druck ausgesetzt ist und die Entwicklungsländer besonders stark unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden.

Die Europäische Union leistet seit 1957 Entwicklungshilfe. Sie stellt mehr als die Hälfte der gesamten internationalen Entwicklungshilfe bereit und ist damit weltweit der größte Geber von öffentlicher Entwicklungshilfe. Hauptziel ihrer Politik auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit ist die Verringerung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut weltweit. Die Entwicklungszusammenarbeit ist auch Bestandteil der Strategie Europa 2020.

Aktivitäten zum Europäischen Jahr 2015 können gerade auch auf regionaler Ebene dazu beitragen, das Bewusstsein für die Situation der Menschen in den Entwicklungsländern und die globalen Herausforderungen insgesamt zu schärfen, Handlungsmöglichkeiten zur Verringerung der Armut und Ausbeutung aufzuzeigen und Solidarität herzustellen.

Thomas Hölck
und Fraktion

Bernd Voß
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW